



STADT SCHLÜCHTERN

Der Magistrat

**Strukturiertes Bieterverfahren/Konzeptvergabe für Bebauung
Langer-Areal in Schlüchtern**

Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“

Schlüchtern, den 15.04.2021

Inhalt

1. Informationen zum Interessenten	2
2. Eintragung im Berufs- oder Handelsregister	2
3. Versicherung	2
4. Angaben zum Umsatz und zur Anzahl der Beschäftigten	3
5. Angaben zu Referenzen	4
5.1 Los 1	4
5.1.1 Allgemeine Referenzliste Los 1	4
5.1.2 Referenz „Mindestanforderung“ Los 1	4
5.2 Los 2	5
5.2.1 Allgemeine Referenzliste Los 2	5
5.2.2 Referenz „Mindestanforderung“ Los 2	5
6. Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen	6

1. Informationen zum Interessenten

Bezeichnung des Unternehmens	
Adresse	
Telefon	
E-Mail	
URL	
HandelsReg.-Nr.	

Ich / Wir bewerbe(n) mich / uns

- nur für das Los 1 (Wohn- und Geschäftshaus an der Obertorstraße),
- nur für das Los 2 (Wohnbebauung mit bezahlbarem und barrierefreiem Wohnen),
- für beide Lose.

2. Eintragung im Berufs- oder Handelsregister

- Ich bin/Wir sind eingetragen im Handelsregister in: _____
unter der Nummer: _____
- Handelsregistrauszug (nicht älter als drei Monate) liegt bei.
-
- Ich bin/Wir sind nicht zur Eintragung im Handelsregister verpflichtet.

3. Versicherung

- Versicherungsbestätigung (nicht älter als sechs Monate) liegt bei.

4. Angaben zum Umsatz und zur Anzahl der Beschäftigten

Gesamtumsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren in Mio. €	
20__	_____ €
20__	_____ €
20__	_____ €

Umsatz des Unternehmens im Bereich Projektentwicklung in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren in Mio. €	
20__	_____ €
20__	_____ €
20__	_____ €

Die Umsätze sind einschließlich des Anteils mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen anzugeben.

Eigenerklärung zum jährlichen Mittel der Anzahl der Beschäftigten für den Bereich Projektentwicklung in den letzten fünf Jahren	
2017	
2018	
2019	
2020	
2021	

5. Angaben zu Referenzen

5.1 Los 1

5.1.1 Allgemeine Referenzliste Los 1

- Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir seit dem 01.01.2016 Leistungen erbracht habe(n), die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.
- Ich / wir haben eine Liste der seit dem 01.01.2016 wesentlichen abgeschlossenen und laufenden Projekte im Bereich Projektentwicklung innerstädtischer Einzelhandels-, Gewerbe- und Wohnimmobilien mit erheblicher städtebaulicher und architektonischer Relevanz beigefügt.

5.1.2 Referenz „Mindestanforderung“ Los 1

- Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir seit dem 01.01.2016 mindestens ein vergleichbares Referenzprojekt (als vergleichbar gelten Hochbauprojekte, deren Gegenstand ein Wohn- und Geschäftshaus mindestens mit Einzelhandel mit einem Volumen von mindestens 5 Mio. € netto, KG 200 bis 700 gem. DIN 276) abgeschlossen haben.

Projektbezeichnung/Ort	
Baugenehmigungs- behörde	
1. Spatenstich am	
Bezug ab	
Projektvolumen (KG 200 bis 700) in Mio. € netto	

- Ich/wir haben für die oben benannte Referenz (Mindestanforderung) eine Projektbeschreibung mit ausführlicher Darstellung der städtebaulichen Situation und des Nutzungskonzepts inkl. ca.-Flächenangaben als Anlage meinem/unserem Teilnahmeantrag beigelegt.

5.2 Los 2

5.2.1 Allgemeine Referenzliste Los 2

- Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir seit dem 01.01.2016 Leistungen erbracht habe(n), die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.
- Ich / wir haben eine Liste der seit dem 01.01.2016 wesentlichen abgeschlossenen und laufenden Projekte im Bereich Wohnen beigefügt.

5.2.2 Referenz „Mindestanforderung“ Los 2

- Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir seit dem 01.01.2016 mindestens ein vergleichbares Referenzprojekt (als vergleichbar gelten Hochbauprojekte, deren Gegenstand eine innerstädtische Wohnbebauung mit einem Volumen von mindestens 3 Mio. € netto, KG 200 bis 700 gem. DIN 276) abgeschlossen haben.

Projektbezeichnung/Ort	
Baugenehmigungsbehörde	
1. Spatenstich am	
Bezug ab	
Projektvolumen (KG 200 bis 700) in Mio. € netto	

- Ich/wir haben für die oben benannte Referenz (Mindestanforderung) eine Projektbeschreibung mit ausführlicher Darstellung der städtebaulichen Situation und der Wohnformen inkl. ca.-Flächenangaben als Anlage meinem/unserem Teilnahmeantrag beigelegt.

6. Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

- Ich/wir erkläre/n, dass keine Person, deren Verhalten nach § 123 Absatz 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen mein/unser Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

§ 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland), § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen, § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte), § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen), § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete), Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Ich/wir erkläre/n ferner, dass keine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung vorliegt, durch die festgestellt wurde, dass mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist.

ODER:

- Einer der vorstehend genannten Fälle liegt vor. Ich / wir haben jedoch auf gesonderter Anlage dargestellt, dass entweder ein Fall des § 123 Abs. 4 S. 2 GWB vorliegt oder/und dass Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB ergriffen wurden.
- Ich / wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen
- bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
 - nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
 - im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; wie zB die Verhängung eines wirksamen Berufsverbots (§ 70 StGB), die Verhängung eines wirksamen vorläufigen Berufsverbots (§ 132a StPO) oder eine wirksame Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO).
 - Ich / wir erkläre/n ferner, dass bezogen auf mein/unser Unternehmen kein Fall vorliegt, demzufolge gem. § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes ein Ausschluss vom Vergabeverfahren erfolgen könnte.

ODER

- Einer der vorstehend genannten Fälle liegt vor. Ich / wir haben jedoch auf gesonderter Anlage dargestellt, dass Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB ergriffen wurden.

Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Unterlagen zur Beurteilung der Eignung beizuziehen (wie z. B. einen Gewerbezentralregisterauszug).